

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom: 26.01.2010 eingegangen: 26.01.2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	8. Plenarsitzung Gemeinderat 02.03.2010 292 29 öffentlich Dez. 4
Sozial akzeptable Arbeitsbedingungen beim Bau der U-Strab		

1.

Wie kann die Stadtverwaltung gewährleisten bzw. welche Einflussmöglichkeiten hat sie dahingehend, dass bei den Beschäftigten am Bau des Straßenbahntunnels prekäre Beschäftigungsverhältnisse vermieden bzw. verhindert werden?

Siehe Antwort zu Punkt 2.

2.

Welche Möglichkeiten hat die Stadtverwaltung, auf die Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft (KASIG) einzuwirken, dass beim Bau der U-Strab nur Firmen beauftragt werden, die ihre Mitarbeiter/-innen sozialversicherungspflichtig beschäftigen bzw. dass beauftragte Firmen ausschließlich sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter/-innen einsetzen?

Die Vergaben im Zusammenhang mit der Kombilösung unterliegen den gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen wie andere Großbauvorhaben im Konzern Stadt.

Bereits mit Abgabe des Angebotes haben die Bietergemeinschaften erklärt, dass sie ihren Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen sind (siehe KEV 115.2 (B) Ang EG, Nr. 5). Diese Erklärung wird auch Bestandteil des Bauvertrages zwischen der KASIG und dem Rohbau-Auftragnehmer.

In den zusätzlichen Vertragsbedingungen werden diese Verpflichtungen auch auf die Nachunternehmer übertragen (siehe KEV 117 (B) ZVB, Nr. 10.1).

3.

Welche Anstrengungen unternimmt die Stadt, damit beim Bau der U-Strab nicht weitere Hartz-IV-Aufstocker-Arbeitsverhältnisse entstehen?

Siehe Antwort zu Punkt 2.